



Interviews

05. August 2024

Tobias Armbrüster im Gespräch mit Roderich Kiesewetter, CDU-Außenpolitiker

Armbrüster: Im Nahen Osten steigen die Spannungen. Viele Experten rechnen damit, dass der Iran in den kommenden Tagen einen Militärschlag gegen Israel plant. Auch die Hisbollah im Libanon könnte dabei eine Rolle spielen. Diese vom Iran unterstützte Miliz greift Israel ja immer wieder mit Raketen an und droht auch ganz offen mit Krieg. Im Libanon selbst ist die Hisbollah so eine Art Staat im Staate und sorgt damit immer wieder auch für innenpolitische Spannungen. Und auch in der vergangenen Nacht hat es wieder Raketenangriffe aus dem Libanon auf den Norden Israels gegeben. Mehrere Staaten haben in dieser angespannten Lage schon angekündigt, Israel auch militärisch zur Seite zu stehen, vor allem, wenn auch der Iran angreifen sollte, ganz zuoberst natürlich die USA, die das schon vor Tagen angekündigt haben. Sollte Deutschland das auch tun, militärisch Unterstützung für Israel anbieten? Die Frage wird immer häufiger gestellt. Boris Pistorius, der Bundesverteidigungsminister, hat schon ganz klar gesagt: Nein, das ist kein Thema. In der Union sieht man das dagegen anders. Am Telefon jetzt bei uns der CDU-Außenpolitiker Roderich Kiesewetter, ehemaliger Bundeswehroberst. Schönen guten Morgen, Herr Kiesewetter.

Kiesewetter: Guten Morgen, Herr Armbrüster.

Armbrüster: Herr Kiesewetter, warum sollte Deutschland in den Nahostkonflikt mit Soldaten eingreifen?

Kiesewetter: Wir sollten nicht in den Nahostkonflikt mit Soldaten eingreifen, sondern wir sollten in aller Ruhe überlegen wie wir Israels Bevölkerung schützen können. Eine der von mir vorgeschlagenen Maßnahmen ist es beispielsweise, im Falle eines Angriffs, wie schon vor wenigen Wochen, Luftbetankung zu leisten. Und das andere ist, mitzuhelfen, dass iranische Drohnen und Raketen keine Chance haben, die israelische Bevölkerung zu bekämpfen. Diese beiden Maßnahmen müssen eingebunden werden in ein ganzes Bündel von diplomatischen Maßnahmen, beispielsweise mit Blick auf die Türkei, die ja einen Angriff auf Israel vorbereitet hat. Also, es geht nicht nur um die mögliche militärische Unterstützung, wenn Israel darum bittet. Die USA schmieden ja gerade eine Schutzkoalition. Sondern es geht auch darum, im Umfeld von Israel weitere Eskalationen zu verhindern.

Armbrüster: Aber ganz konkret würde sich Deutschland ja mit so einem Schritt zur, ich sage jetzt mal, Kriegspartei machen.

Kiesewetter: Nun, vor wenigen Wochen, am 13. April, ist Israel mit mehreren Hundert Raketen, Drohnen und Marschflugkörpern angegriffen worden. Und dabei haben Großbritannien, Frankreich, Jordanien, Saudi-Arabien unmittelbar unterstützt mit den Amerikanern und fast 290 dieser 300 Flugkörper abgewehrt. Die Bundesrepublik Deutschland hat massiv unterstützt durch Luftbetankung. Wir sind dadurch nicht zur Kriegspartei geworden, sondern wir

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

haben eine Ausweitung des Konflikts oder gar eine Zerstörung israelischer Einrichtungen verhindert. Darum geht es.

Armbrüster: Wenn Deutschland schon in diesem Fall mit Luftbetankung geholfen hat, was sollte sich denn jetzt noch ändern?

Kiesewetter: Nun, es ist einmal die Frage der Vorbereitung. Wir haben ja in Al-Azraq in Jordanien einen Luftwaffenstützpunkt. Zweitens geht es darum, in enger Abstimmung mit Israel, mit den USA zu prüfen, was im Falle eines Angriffs geleistet werden kann. Und dann muss sich natürlich die Bundesregierung im Klaren sein, ob sie es überhaupt will. Aber wir können nicht einerseits von Israels Sicherheit als Staatsräson sprechen und dann von der Seite kommentieren. Deswegen kommt es ganz einfach darauf an, ähnlich wie es der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung Klein gesagt hat, im Falle zur Verfügung zu stehen. Und mir geht es darum, im Vorfeld alles vorzubereiten und auszuloten. Und dabei ist die militärische Unterstützung nur ein sehr kleiner Baustein. Denn Sie sehen ja selbst wie Israel unter Druck ist. Die Hisbollah, die Hamas und die Huthi greifen Israel an. Das sind die drei Arme des Iran. Deswegen muss eine Konsequenz auch sein, die neue iranische Führung intensiv zu überzeugen, dass sie deeskalieren müssen. Und der Iran ist auf dem Weg zu einer Nuklearmacht. Es geht also auch darum mitzuhelfen, dass es nicht zu einem nuklearen Wettrüsten in der Region kommt. Es ist also ein sehr vielfältiges, hochsensibles Problem, das sich nicht allein mit militärischen Mitteln lösen lässt.

Armbrüster: Aber wenn wir über diese mögliche militärische Unterstützung für Israel sprechen und über die Vorbereitung, die Sie da ansprechen, haben Sie den Eindruck, darüber macht man sich im Bundesverteidigungsministerium gar keine Gedanken?

Kiesewetter: Ich weiß sehr wohl, dass die Bundesregierung hier sehr sorgfältig vorgeht, und dass ja bereits am 13. April, als der Massenangriff auf Israel erfolgt ist, diese Überlegungen in der Bundesregierung eine große Rolle spielten. Der Verteidigungsminister ist ja selbst eben erst auf den Philippinen und in Südkorea gewesen. Ich war unlängst in Taiwan und auf den Philippinen. Dort sieht man mit sehr großer Sorge die Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten, weil ja der Iran in einer Allianz mit China, mit Russland und Nordkorea ist. Und diese Allianz bewirkt natürlich auch einen ungeheuren Druck auf die regelbasierte Ordnung. Und die Bundesregierung macht sich da schon Gedanken wie sie den Druck auf die regelbasierte Ordnung abmildern kann. Und ein Beispiel ist ja wie der Iran ungeheuer eskaliert, indem er mit Hamas, Huthi und mit den Hisbollah Druck auf Israel macht. Diese sind alle Organisationen, einschließlich des Iran als Staat, die das Existenzrecht Israels nicht nur zerstören wollen, sondern die die Vernichtung Israels auf ihre Fahnen geschrieben haben. Und uns als Deutschen muss daran gelegen sein, dass die israelische Bevölkerung besser geschützt wird. Und das kann auch militärisch beispielsweise mit Drohnenabwehr geschehen.

Armbrüster: Das heißt, Sie sehen hier gar keinen wirklichen Nachholbedarf bei der Bundesregierung und ihrer Politik in diesem Fall?

Kiesewetter: Ich sehe im Außenministerium und im Verteidigungsministerium sehr sorgfältige Vorbereitungen. Ich bin nur in Sorge, dass das Kanzleramt in dieser Bedrohungsfrage

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

ähnlich vorgeht wie mit Blick auf die Ukraine, wo – ich will jetzt hier keinen Zusammenhang herstellen, aber ich will deutlich machen, dass wir mit unserer nationalen Sicherheitsstrategie schon Vorsorge getroffen haben, aber jetzt auch konkret Maßnahmen getroffen werden müssen wie die Sicherheit Israels gestärkt werden kann. Das Stichwort Staatsräson steht nicht umsonst in vielen unserer Papiere. Und die Bundeskanzlerin hat seinerzeit im Jahr 2008, als sie dies erwähnte vor der Knesset, auch gesagt, in der Stunde der Bewährung darf Israels Sicherheit, darf das Wort von der Staatsräson keine Worthülse sein. Das bedeutet also, hier sind Vorkehrungen zu treffen. Und als Oppositionspolitiker verlange ich von der Regierung, dass sie hier auch vorausschauend agiert.

Armbrüster: Herr Kiesewetter, wenn sich die Bundeswehr da jetzt deutlicher einschaltet, ist dann auch ein Bundestagsmandat für so einen Einsatz nötig?

Kiesewetter: Das ist die allererste Voraussetzung, wenn die Bundesregierung auf Anfrage Israels, wenn diese Anfrage vorliegt, entscheiden sollte Israel zu unterstützen – was ich begrüßen würde – dann muss natürlich der Bundestag eingebunden werden, weil es sich um ein Mandat handelt, in dem auch deutsche Soldaten eingesetzt werden und es auch Gefahr um Leib und Leben geben kann. Und deshalb hat das Bundesverfassungsgericht seit 1994 in mehreren Entscheidungen immer die Beteiligung des Bundestages verlangt. Und ich halte das für sehr wichtig. Ohne ein Bundestagsmandat wäre es sinnlos. Aber dafür muss auch die Bundesregierung Vorkehrungen treffen. Das muss sorgfältig vorbereitet werden, um dann auch mit einem entsprechenden Rückhalt des Bundestages mögliche Unterstützungsleistungen zu bieten.

Armbrüster: Aber wir haben Sie da richtig verstanden? Es gibt auch noch keine Anfragen für so eine militärische Unterstützung aus Deutschland, keine Anfrage aus Israel selbst?

Kiesewetter: Nun, es gibt den Versuch der Amerikaner eine Schutzkoalition zu schmieden. Und dabei gibt es auch Anfragen an Deutschland. Aber das ist das, was die Amerikaner bereits seit vielen Monaten machen. Und zweitens gibt es jetzt die Gefahr der ungeheuren Eskalation, die Bedrohung durch den Iran. Es gibt die Gefährdung durch die Türkei, indem die Türkei – da müssen wir diplomatisch einwirken – Israel militärische Maßnahmen angedeutet hat. Und deshalb kommt es mir darauf an, vorausschauende Krisenprävention zu betreiben und alle Maßnahmen sehr sorgfältig zu erwägen. Und dazu gehört eben auch, bei einer Anfrage vorbereitet zu sein und nicht dann überrascht zu sagen, wir sind nicht vorbereitet. Hierzu gehört auch, dass unsere Industrie entsprechende Vorkehrungen trifft. Das sind langfristige Maßnahmen. Aber wir sollten nicht mit „Ausschleißeritis“ von der Seite kommentieren, sondern proaktiv vorbereitet sein, sollte sich die Lage zuspitzen. Das ist wirkliche Krisenprävention und Deutschland ist gut beraten, sich hier auch intensiv mit den Partnern abzustimmen. Das kann nicht alles öffentlich gemacht werden. Da sind wir uns, glaube ich, einig.

Armbrüster: Ja.

Kiesewetter: Aber wir sollten auch die Bundesregierung immer wieder darauf aufmerksam machen, dass eine nationale Sicherheitsstrategie auch dazu dient, unsere Interessen in schwierigen Räumen zu wahren.

Armbrüster: Die angespannte Lage in Israel und eine mögliche Unterstützung Israels durch Deutschland. Roderich Kiesewetter war das hier bei uns in den Informationen am Morgen, CDU-Außenpolitiker und ehemaliger Bundeswehroberst. Herr Kiesewetter, vielen Dank.

Kiesewetter: Vielen Dank, Herr Armbrüster.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.